



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 20951/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/132

4. Oktober 1949

Embryo der deutschen Rechten

P.R. Es wäre zu wünschen gewesen, dass die Wähler der Deutschen Rechtspartei Meuschen bei einer Pressekonferenz hätten sein können, zu der die Partei dieser Tage nach Hannover eingeladen hatte, der Hauptstadt des Landes also, in dem die DRP ihr Schwergewicht besitzt. Da es sich um die äusserste Rechte im Deutschen Bundestag handelt und der Fraktionsführer der "Nationalen Rechten" und ein weiterer Abgeordneter der DRP anwesend waren, kommt dem Vorgang schon allgemeines Interesse zu.

Anlass der Konferenz: Die Spaltung dieser Partei dadurch, dass sich eine Gruppe von ihr trennte und die "Deutsche Sozialistische Reichspartei" gründete. Die, die zurückblieben, erklärten: "Gestern haben wir zugeschlagen. Hätten wir noch drei bis vier Monate gewartet, dann hätten die uns hinausgeschmissen". Der Vorgang an sich ist nicht so entscheidend wichtig. Aber immerhin sei er kurz registriert:

Zwei überdurchschnittlich ehrgeizige junge Männer der DRP hatten seit der Wahl ein bisschen Hausmachtspolitik betrieben, besonders der eine von ihnen, Bundestagsabgeordneter Dr. Dorls. Sie waren im Lande umhergereist, hatten bestehende Kreis- und Ortsverbände der DRP "revolutioniert", neue auf eigene Kappe gegründet und sich kleine Kadern persönlicher Gefolgsleute geschaffen. Ohne Zweifel haben sie gegen die Parteileitung konspiriert. Es fand, wie diese es formulierten, eine regelrechte Unterwanderung statt. Die weiteren Stationen: Vorladung zu einem Ehrenverfahren wegen

parteiwidrigen Verhaltens, Abstimmung, Ausschluss, Exodus, Neugründung der erwähnten Partei, die ursprünglich "Nationalsozialische Partei" genannt werden sollte, eine etwas anrühliche Bezeichnung, von der man noch rechtzeitig abkam. Die DRP-Leute sprechen von den anderen als von "Nationalbolschewisten", diese von den Zurückgebliebenen als "Reaktionären". Dr. Dorls, erklären die sozusagen rechtmässigen Rechtsparteiler, habe Verbindung mit Otto Strasser unterhalten, er sei ein in der Wahl seiner Mittel recht unbedenklicher Mann, für ihn gäbe es im Grunde nur eine "Konzeption der Bizeps", er suche sich politische Hörigkeit zu schaffen, usw. Dr. Krüger, sein Compagnon, war früher einmal Vorsitzender der Nationalsozialistischen Studentenschaft, später Geschichtsdozent der gleichen Couleur und langjähriger führender Mitarbeiter am "Völkischen Beobachter".

Aus einleitendem Bericht und folgendem Frage- und Antwortspiel ergab sich in dieser Pressekonferenz eine geradezu entwaffnende Verworrenheit der politischen Vorstellung dieser Partei und eine wahrscheinlich daraus resultierende Unfähigkeit, sich auch nur einigermaßen klar auszudrücken. Diese offenkundige Unsicherheit wurde durch gelegentliche, mit penetranter Unauffälligkeit eingestreute Bemerkungen auszugleichen versucht, dass man kürzlich dieses oder jenes Herrn Adenauer sehr entschieden gesagt habe, dass man bei dem nächsten Gespräch mit den Herren der FDP darauf drängen werde, dass... und so fort. Offenbar sollte auf diese Weise ein bisschen Glanz des Bonner Parketts den staunenden Zeitungsleuten in der Provinzstadt Hannover vorgeführt werden. Ein langweiliger Brief wurde mit Anfangs- und Schlussfloskeln verlesen, an dem im Höchsthalle zwei Sätze zusammengefassten Inhalts interessiert hätten. Dafür wurde keine konkrete Frage auch nur einigermaßen sachlich beantwortet. Immer wieder glitt man ins uferlose Theoretisieren, in die persönliche Polemik gegen die Abtrünnigen ab. Es fehlte jede Fähigkeit zur klaren Unterscheidung von politisch Wesentlichem und Unwesentlichem, also die erste Voraussetzung für

politisches Denken überhaupt. Nur soviel wurde auf mehrfach gestellte Fragen nach dem konkreten Unterschied zwischen der Deutschen Rechtspartei und der neugegründeten "Deutschen Sozialistischen Reichspartei" deutlich: Die erste lehnt jede Sozialisierung ab, bei der abgesplitterten Gruppe sei das "offenbar" nicht der Fall.

Die DRP hat die eingetretene Scheidung der Geister begrüsst, vor allem im Hinblick auf die aussichtsreicher gewordenen Fusionsverhandlungen mit der hessischen Nationaldemokratischen Partei, die nun etwa in vier Wochen zum Abschluss geführt werden könnten. Nach dem, was von dieser NDP bekannt wurde, wird sie ein würdiger Partner der DRP sein. Wenn das Kern und Keimzelle einer neuen grossen deutschen Rechtspartei sein soll, wie die Leute von der DRP es schon vor zwei Monaten als ihr Ziel proklamierten, dann ist das für jeden, der in Deutschland eine gesunde politische Entwicklung erhofft, eine betrübliche, fast verzweifelte Aussicht. Der innerpolitische Gegner könnte sich freuen, wenn er kurzsichtig wäre.

- - - -

Nadelstiche

sp. Von Zeit zu Zeit wird dafür gesorgt, dass die Hoffnungen, die von deutscher Seite mit dem Besatzungsstatut verknüpft werden, nicht in den Himmel wachsen. Es müssen nicht immer so grosse Dinge sein wie D-Mark-Abwertung und Kohlenpreis, es gibt auch kleinere Anlässe für solche Feststellungen. Das war z.B. die vor wenigen Tagen erfolgte Annexion von zehn quadratkilometern deutschen Landes im Kreise Kleve, wo holländische Truppen ohne jede Ankündigung die Grenzpfähle ostwärts versetzten. Man musste sich bei diesem Vorgehen fragen, was deprimierender war: die Annexion selbst oder die überfallartige Methode, mit der man über die kaum hergestellten **Bonner** Souveränitätsrechte hinwegmarschierte. Ein ähnlicher Fall von überschäumender Siegermentalität ereignete sich in Schleswig, wo urplötzlich feilmarschmässig ausgerüstete bänische Truppen

der deutschen Stadt eine militärische Demonstration bereiteten.

Im Kreis Soltau in der Lüneburger Heide liegt der ehemalige Kriegsflughafen Rheinschlen. Das englische Interesse an diesem Gelände war bisher gering. Vorübergehend benutzte ein englischer Privatclub einen Teil der Anlagen für Segelflugübungen, im übrigen aber blieb der Flugplatz "zweckentfremdet". Ostvertriebene haben einen Teil des militarisierten Bodens wieder seiner ursprünglichen Bestimmung zurückgegeben, nämlich, der Nahrungserzeugung zu dienen. Im Laufe von drei Jahren ergriffen rund 1.500 Ostvertriebene, zum meist Schlesier, Besitz von den leerstehenden Baracken. Mit staatlicher und kirchlicher Unterstützung, noch mehr aber durch echt schlesischen Gewerbefleiß wurden die Baracken instandgesetzt, in Gemeinschaftsarbeit ein Teil des Flugplatzes in Lickerland verwandelt, kleinere Gewerbebetriebe aufgebaut und sogar eine kleine Konservenfabrik errichtet. Kurz, es entstand ein Flüchtlingsdorf, das ein Dach über dem Kopf und Brot gewährte. Wer nicht im Dorf selbst beschäftigt war, fuhr in das nahegelegene Hamburg zur Arbeit. Eine grosse Halle wurde zu einer Kirche ausgebaut, selbst die Glocke fehlte nicht.

Vor wenigen Tagen hat die Besatzungsmacht die Räumung des Flüchtlingsdorfes verlangt. Bis zum 1. November müssen 500, bis zum 1. Dezember die restlichen 1.000 Insassen das Dorf verlassen haben. Viereinhalb Jahre nach Kriegsschluss müssen die Menschen, die damals der östlichen Besatzungsmacht gewichen waren, abermals ihre kümmerlichen Habseligkeiten schnüren und abwandern. Die Kirche ist bereits geräumt, in ihr wird ein Kino für die Soldaten errichtet, die Rheinschlen beziehen. Was in drei Jahren mühselig und unter Entbehrungen aufgebaut ist, geht grösstenteils wieder verloren. Dann in Munsterlager, wohin die Menschen von Rheinschlen übersiedelt werden sollen, finden sie andere Verhältnisse vor und die Arbeitsplätze in Hamburg gehen ebenfalls verloren.

Die Tommies, die in Kürze Rheinschlen beziehen, werden von

ihren neuen Garnisonen nicht erbaut sein. Es ist eine Gegend, wo sich die Fuchse Gute Nacht sagen. Weit und breit gibt es ausser einigen einschichtigen Heidebauern keine Ansiedlungen. Nur eine Eisenbahnlinie mit spärlichem Fahrplan verbindet Rheinsehlen mit Soltau und Hamburg. Ob militärische Gründe für die Räumung Rheinsehlena ausschlaggebend waren, kann nicht beurteilt werden, weil nicht zu verlangen ist, dass die Rheinarmee sich in ihre strategischen Karten blicken lässt. Rein formal stützt sich der Räumungsbefehl auf die nicht wegzuleugnende Tatsache, dass Rheinsehlen auf ehemaligem Wehrmachtgelände liegt. Ob dieser Anspruch im Frieden eine ausreichende Begründung für die Vernichtung der Existenzgrundlagen von rund 300 Familien darstellt, muss dahingestellt bleiben. Wie bei Kleve die Plötzlichkeit verbittern musste, mit der vorgegangen wurde, ist es bei Rheinsehlen die geringe Achtung vor den Schwierigkeiten des deutschen Flüchtlingsproblems, die Zweifel an so manchen Versprechungen aufkommen lässt. Wie Kleve, gehören Schleswig und Rheinsehlen zu einer Nadelstichpolitik, die man angesichts des Besatzungsstatuts überwunden glaubte.

-dt.

- - - -

"Jugendaufbauwerk" in Schleswig-Holstein. (sp.) Das Problem, die arbeitslose Jugend von der Strasse zu bringen und einer vernünftigen Lebensweise zuzuführen, ist seit vier Jahren in ganz Deutschland akut. Alle bisherigen Diskussionen über dieses Thema stiessen auf die aus der NS-Zeit geliebten Erinnerungen an den Reichsarbeitsdienst. Einen glücklichen Weg scheint uns nun die Landesregierung von Schleswig-Holstein mit dem im Entstehen begriffenen "Jugendaufbauwerk" zu beschreiten. Unter Aufsicht des Ministeriums für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr wird arbeitslosen Jugendlichen bis zum Alter von 21 Jahren Gelegenheit geboten, aufbauende Arbeit zu leisten und sich zugleich geistig und körperlich weiterzubilden. Die Einschaltung von Kreisjugendpflegern, Vertretern der Kreisverwaltungen, der Kreisjugendringe und der Schulbehörden Hand in Hand mit einer weitgehenden Selbstverwaltung der Jugendlichen (Zusammenschluss in Jugendfamilien) kann als ausreichender Schutz gegen einen etwaigen Missbrauch betrachtet werden. Bei einem staatlichen Beitrag von DM 3.-- täglich ist den Jugendlichen freie Verpflegung und Unterkunft sowie ein tägliches Taschengeld von 0,40 DM gewährleistet. Das Jugendaufbauwerk soll nur in solchen gemeinnützigen Arbeiten zum Tragen kommen, die sonst wirtschaftlich nicht ausgeführt werden können. Die Jugendlichen, die sich dafür verpflichten, werden aus den Arbeitslosenkarteien der Arbeitsämter nicht gestrichen.

(m/2/410/hs)

 Verantwortlich: Peter Raunau